

kommunalen Dienstleistungen dient, durch Gesetz den Gemeinden und Städten zu übertragen ist. Da dieses Gesetz noch nicht vorliegt, müssen Verträge, die das Eigentum an kommunalen Energieversorgungssystemen - Elektroenergie, Gas und Fernwärme - berühren, solange ausgesetzt werden, bis die gesetzlichen Regelungen durch das Parlament bestätigt sind.“

(Beifall bei SPD, PDS und Bündnis 90/Grüne)

Ich verweise auch darauf, daß der Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit, Prof. Steinberg, von der SPD-Fraktion eine schriftliche Anfrage vorliegen hat mit der Aufforderung, die Konzeption des Ministeriums in dieser Frage offenzulegen. Dieser Aufforderung ist er bis heute, obwohl die 14-Tages-Frist verstrichen ist, nicht nachgekommen. Somit besteht der Verdacht, daß durch beabsichtigte Vertragsabschlüsse das Recht der Kommunen auf Bestimmung ihrer Energieversorgung, wie es in der Kommunalverfassung, die wir abgeschlossen und in Kraft gesetzt haben, festgelegt ist und die Festlegungen des § 1 des Treuhandgesetzes nicht beachtet werden. Die Verträge sind somit ungesetzlich.

Die Beantwortung der Frage der Kommunalisierung örtlicher leitungsgebundener Energieversorgungssysteme ist eine wesentliche Weichenstellung für die Möglichkeit, eine neue Energiekonzeption, wie sie auch Bestandteil der Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition ist, durchzusetzen. Auch die Bildung der Stadtwerke ist davon abhängig.

Aus diesem Grunde verlange ich vor den Vertragsabschlüssen eine verbindliche Information über den Inhalt, zumindest den Umfang, die örtlichen Versorgungssysteme betreffend. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil die in der Beschlußempfehlung der Volkskammer zum Treuhandgesetz verlangte Satzung der Treuhandanstalt noch nicht vorliegt und damit die Befugnisse der Treuhandanstalt sowie die parlamentarische Kontrolle noch nicht geregelt sind.

Ich hätte Sie am liebsten gebeten, einen entsprechenden Beschluß zu fassen, damit am Mittwoch Schlimmstes in dieser Richtung vermieden wird. Aber nach Aussage des Präsidiums läßt das die Geschäftsordnung nicht zu.

Leider ist Prof. Steinberg, der Licht in diese Unklarheiten bringen könnte, ebenfalls gegangen, und ich möchte ihm nicht unterstellen, daß er das gemacht hat, nachdem er unsere Aktivitäten beobachtet hat.

(Zuruf von CDU/DA: Nein!)

Und deshalb frage ich, ob nicht doch eine Möglichkeit der Beschlußfassung - eine Formulierung des Beschlusses hatte ich auch vorgelegt - besteht, damit sowohl für die Treuhandanstalt und auch für das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit eine verbindliche Festlegung getroffen ist. Die Volkskammer kommt ja erst wieder am Donnerstag, also nach dem angekündigten Termin, zusammen.

(Beifall bei SPD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich gehe davon aus, daß wir alle jetzt die Empfindung teilen, daß es sich hier um einen schwerwiegenden Sachverhalt handelt, der die Verantwortung dieses Hohen Hauses unmittelbar berührt. Ich darf Ihnen folgendes Verfahren Vorschlagen. Wie der Herr Abgeordnete soeben bemerkt hat, kann dieses Hohe Haus erst dann handeln, wenn der Sachverhalt geklärt ist. Ich denke, ohne die Antwort von seiten des Ministerrates wird das schwer möglich sein. Ich sage zweitens: Das Hohe Haus wird heute nicht auseinandergehen können, ohne daß wir in dieser Sache ein abschließendes Wort gesprochen haben.

(Beifall bei SPD und PDS)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir - soviel ich weiß, ist das Ersuchen der Volkskammer dem Ministerrat telefonisch übermittelt worden -, solange der Ministerrat noch nicht hier ist, in unserer Verhandlung fortfahren. - Entschuldigen Sie, ich bin selbst ein Opfer des Zeitdrucks zu werden im Begriff. Ich habe Ihnen einen Vorschlag gemacht und muß das jetzt zur Abstimmung stellen. Wären Sie mit diesem Vorschlag, erstens Herbeirufung im Sinne von § 18 der Geschäftsordnung und zweitens Beschlußfassung nach Information durch den Ministerrat noch heute einverstanden?

(Zuruf aus der Fraktion CDU/DA: Sehr geehrter Herr Präsident, wir bitten um eine zehnmünütige Auszeit, eine Unterbrechung der Sitzung.)

(Stimmendurcheinander)

Es dürfen nicht zu viele auf einmal auf mich einreden, sonst kommen wir hier nicht weiter.

Ich beantrage noch einmal, daß wir uns äußern zu dem gestellten Antrag: Herbeirufung eines Mitglieds des Ministerrates. Wer ist bereit, diesem Antrag zu folgen? Ich bitte um Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Mehrheit hat deutlich entschieden: Es wird ein Mitglied des Ministerrates herbeigerufen.

Und ich folge dem Vorschlag: Zehn Minuten Unterbrechung.

(Unterbrechung der Sitzung)

Meine Damen und Herren! Der zuständige Herr Minister ist eingetroffen und wird die Frage, die sich hier gestellt hat, beantworten können.

Ich ergreife die Gelegenheit, etwas zu korrigieren, was mir vorhin unterlaufen ist. Frau Minister Schubert hat mich auf einen Fehler aufmerksam gemacht, der in doppelter Hinsicht schwerwiegend ist: Obwohl sie hier anwesend war, habe ich durch meine Ansage den Eindruck erweckt, daß hier kein Mitglied des Ministerrates anwesend sei. Das ist in zweifacher Hinsicht unverzeihlich: einer Dame gegenüber und einem Mitglied des Ministerrates gegenüber. Also ich korrigiere das hiermit.

(Beifall - Unruhe)

Aber bitte, lassen Sie mich doch ausreden! Ich stelle fest: Der Ministerrat ist zwar ein Organ der Volkskammer, aber kann als solches den ihm geschuldeten Respekt immer und in jedem Vertreter verlangen.

Ich begrüße Herrn Minister Steinberg und bitte ihn, das Wort zu ergreifen. Herr Minister, darf ich davon ausgehen, daß Sie von dem Sachverhalt und über die Frage, die Ihnen das Paris'-ment stellen möchte, informiert sind?

(Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit: Mich würde der Wortlaut der Frage schon noch interessieren; denn ich war zu dem Zeitpunkt nicht im Plenarsaal anwesend.)

Ich denke, dann müssen wir die Form wahren, und der Abgeordnete Jauch wird die Frage noch einmal stellen. - Ach nein, entschuldigen Sie, zuständig ist der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Energie, Reaktorschutz.

Weis (SPD):

Ich habe eine Anfrage gestellt, d. h. keine Anfrage gestellt, sondern eine Erklärung abgegeben auf Grund der Zeitungsmeldung von heute in der Berliner Zeitung, daß am Mittwoch der nächsten Woche Verträge mit drei führenden bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen abgeschlossen werden mit dem Inhalt, daß sämtliche Braunkohle-, Kernkraft- und Leitungsnetzkominate sowie die 15 Bezirksenergiekominate privatisiert werden sollen. Es wird ein entsprechender Vertrag abgeschlossen zum Preis von 10 Milliarden Mark. Von den Altla-